

**CDU**

# **Aktuelle Herausforderungen für die niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft**



Antrag des Landesvorstands  
an den Landesausschuss der CDU in Niedersachsen  
am 2. April 2019

# 1 **Aktuelle Herausforderungen für die** 2 **niedersächsische Land- und Ernährungswirtschaft**

## 3 **Forderungen der CDU in Niedersachsen an die Bundesregierung**

### 4 **Einleitung**

5 Die CDU in Niedersachsen steht für eine Politik, die Landwirte für die erbrachten Leistungen wert-  
6 schätzt, aber auch den Erwartungen der Verbraucher an einen zeitgemäßen Umwelt-, Klima- und  
7 Tierschutz Rechnung trägt.

8 Die Agrar- und Ernährungswirtschaft ist einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige Niedersach-  
9 sens. Die Rahmenbedingungen müssen es den Landwirten ermöglichen, wirtschaftlich zu arbeiten  
10 und mit ihrem Beruf sich und ihre Familien zu ernähren.

11 Die gesellschaftliche geforderte Anpassung der Landwirtschaft im Hinblick auf Umwelt, Klima und  
12 Tierschutz sind maßgeblich in die jüngsten Vorschläge zur Reform der gemeinsamen Agrarpolitik  
13 eingeflossen.

14 Dennoch sorgt sich die CDU in Niedersachsen um den Fortbestand und die Zukunft der Land- und  
15 Ernährungswirtschaft in Deutschlands Agrarland Nummer Eins. Vor dem Hintergrund volatiler Welt-  
16 marktpreise und durch die von der EU und der Bundesregierung gesetzten Rahmenbedingungen  
17 steht Niedersachsens Agrar- und Ernährungswirtschaft unter wirtschaftlichem Druck und erleidet  
18 erhebliche Wettbewerbsnachteile.

19 Zur Unterstützung des Landwirtschaftsstandorts Niedersachsen fordern wir daher von der Bundes-  
20 regierung eine Neujustierung bei den folgenden sieben Themenfeldern:

### 21 **1) SüdLink**

22 Der von Tennet jüngst vorgelegte Trassenverlauf sorgt für Klarheit. Unser Ziel bleibt eine möglichst  
23 schnelle Realisierung der Stromtrasse. Der CDU in Niedersachsen ist es wichtig, die Sorgen der Be-  
24 troffenen, insbesondere unserer Landwirtschaft, ernst zu nehmen und sie an allen Verfahrensschrit-  
25 ten zu beteiligen. Dafür müssen alle Interessen angemessen berücksichtigt werden.

26 **Die CDU in Niedersachsen fordert, dass der Trassenverlauf eine optimale Nutzungsmöglichkeit**  
27 **der betroffenen land- und forstwirtschaftlichen Flächen berücksichtigt und auf eine Durch-**  
28 **schneidung der Flächen nach Möglichkeit verzichtet wird. Es sollte stets die beste, umweltver-**  
29 **träglichste bzw. ressourcenschonendste Technik verbaut werden.**

30 **Außerdem erwartet die CDU in Niedersachsen eine Beweissicherung im Hinblick auf dauerhafte**  
31 **Nutzungseinschränkung bzw. Ertragseinbußen.**

### 32 **2) Novellierung der Düngeverordnung**

33 Zurzeit erarbeitet die Bundesregierung Rechtstexte für eine erneute Novellierung der Düngeverord-  
34 nung. Die Einleitung eines Zweitverfahrens und Bußgelder gegen Deutschland im Nachgang des Nit-  
35 rat-Urteils des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) vom 21. Juni 2018 sollen damit abgewendet wer-  
36 den. Die derzeit diskutierten Vorschläge des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft  
37 (BMEL) sehen verschärfte Aufzeichnungspflichten für Düngemaßnahmen sowie die Aufnahme von

38 vier verpflichtenden Maßnahmen in den nitrat- und phosphatsensiblen Gebieten vor und vernach-  
39 lässigen die besonderen Nährstoffaufnahmeigenschaften des Grünlands. Zudem soll die Stoff-  
40 strombilanz vorzeitig eingeführt werden.

41 Zu erwarten wäre ein erhöhter Bürokratieaufwand für unsere Landwirte. Zudem bedeuten die Vor-  
42 schläge für Niedersachsen sinkende Tierzahlen, geringere Flächenerträge, eine weitere Verknapp-  
43 ung der Flächen und kurzfristig weiter steigende Pachtpreise. Mittelbar hätten die in Aussicht ge-  
44 stellten Maßnahmen auch erhebliche Auswirkungen auf die vor- und nachgelagerten Wertschöp-  
45 fungsstufen, namentlich im Bereich des Stallbaus, der Landtechnikindustrie sowie der gesamten nie-  
46 dersächsischen Nahrungsmittelindustrie, mit Folgen für den gesamten ländlichen Raum.

47 Grundsätzlich begrüßt die CDU in Niedersachsen effektive Maßnahmen zum Abbau von Nährstoff-  
48 überschüssen. Der Schutz von Grund-, Oberflächen- und Trinkwasser hat für uns höchste Priorität.  
49 Darum wurden auf Basis des 2017 novellierten Düngerechts bereits eine Vielzahl an Maßnahmen  
50 durch die niedersächsische Landesregierung in die Wege geleitet.

51 **Die CDU in Niedersachsen fordert, dass die durch die niedersächsische Landesregierung einge-**  
52 **leiteten Maßnahmen zur Reduzierung von Nährstoffüberschüssen durch die Bundesregierung**  
53 **Berücksichtigung finden und in Brüssel entsprechend vorgetragen werden. Wir sprechen uns da-**  
54 **für aus, die Wirkung der bereits veranlassten Maßnahmen zunächst abzuwarten und hinsichtlich**  
55 **ihrer Wirkung zu bewerten, und dann zu entscheiden, ob und welche Maßnahmen weiterhin nö-**  
56 **tig sind. Sofern dies aufgrund der Haltung der EU-Kommission nicht möglich ist, fordert die CDU**  
57 **in Niedersachsen, weitere Lösungsansätze, so etwa das in unserem Nachbarland erfolgreich im-**  
58 **plementierte „dänische Modell“ und eine gesonderte Berücksichtigung des Grünlands, ernst-**  
59 **haft in die Betrachtung einzubeziehen.**

### 60 3) Tierwohlkennzeichen

61 Die Einführung eines dreistufigen staatlichen Tierwohllabels begrüßen wir. Wir finden es wichtig,  
62 dass die Verbraucher eine verlässliche und verständliche Orientierungshilfe beim Einkauf erhalten,  
63 welche alle Lebensabschnitte eines Tieres von der Geburt bis zur Schlachtung abdeckt. Dies verbes-  
64 sert die Markttransparenz und schafft die Voraussetzung dafür, die Verbraucher an den Kosten hö-  
65 herer Tierwohlstandards zu beteiligen.

66 **Die CDU in Niedersachsen unterstützt die Einführung einer im ersten Schritt freiwilligen Kenn-**  
67 **zeichnung von Fleisch und Fleischwaren. Mittelfristig fordern wir jedoch ein verpflichtendes La-**  
68 **bel, in das auch die Kennzeichnung der Herkunft einbezogen wird, damit die Markttransparenz**  
69 **weiter verbessert wird. Zudem sollte das Label möglichst zeitnah auf weitere Tierarten ausge-**  
70 **dehnt werden.**

### 71 4) Ferkelkastration

72 Die CDU in Niedersachsen begrüßt den Ausstieg aus der betäubungslosen Kastration spätestens  
73 zum 31.12.2020. Gleichzeitig sieht sie mit Sorge, dass die ohnehin schon stark belastete Branche der  
74 Ferkelerzeugung durch den Umstieg auf die alternativ zur Verfügung stehenden Verfahren (Eber-  
75 mast, Immunokastration, Kastration unter wirksamer Schmerzausschaltung) einer erheblichen Zu-  
76 satzbelastung ausgesetzt wird. Weiterhin ist die CDU in Niedersachsen darüber besorgt, dass erheb-  
77 liche Wettbewerbsnachteile gegenüber Produzenten aus Nachbarländern wie Dänemark, die eine  
78 Kastration mit Lokalanästhesie durch den Landwirt (sog. 4. oder skandinavischer Weg) ermöglichen,  
79 entstanden sind.

80 Aufgrund dieser Wettbewerbsnachteile wollen Umfragen zufolge über die Hälfte der niedersächsi-  
81 schen Ferkelerzeuger innerhalb von zehn Jahren aus der Produktion aussteigen. Der Verlust von Ar-  
82beitsplätzen und zunehmende, mit längeren Transportwegen verbundene Ferkelimporte wären die  
83 Folge. Da große Betriebe eher in der Lage sein werden, diesem Druck standzuhalten, befürchten wir  
84 eine weitere Verschärfung des Strukturwandels.

85 **Die CDU in Niedersachsen fordert daher die Bundesregierung auf, sich für die Zulassung der Fer-**  
86 **kelkastration mit Lokalanästhesie einzusetzen. Wir fordern die Bundesregierung darüber hin-**  
87 **aus auf, sich für die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Marktakzeptanz aktuell bereits**  
88 **zugelassener Alternativen zur betäubungslosen Ferkelkastration sowie europaeinheitliche**  
89 **Standards bei der Ferkelkastration einzusetzen, um Wettbewerbsnachteile deutscher Erzeuger**  
90 **abzubauen und die Zukunftsperspektiven der Ferkelerzeugung in Niedersachsen zu verbessern.**

## 91 **5) Kastenstand**

92 Nach dem „Magdeburger Kastenstandurteil“ aus dem Jahr 2015 ist eine Novelle der Tierschutz-Nutz-  
93 tierhaltungsverordnung erforderlich. Die CDU in Niedersachsen kritisiert, dass die Novellierung  
94 kaum Fortschritte macht, sodass die Zukunft für unsere Sauenhalter ungewiss ist. Zudem werden  
95 die aktuell diskutierten Eckpunkte viele Landwirte in bestehenden Stallungen überfordern, da sich  
96 ein Umbau bestehender Tierställe als sehr schwierig erweisen dürfte und eine Baugenehmigung nur  
97 noch selten erteilt wird.

98 Es ist begrüßenswert, dass der Abferkelbereich insbesondere auch für Neuanlagen direkt mitgere-  
99 gelt werden soll. Diese sind jedoch nicht Teil des „Magdeburger Kastenstandurteils“, und kurze  
100 Übergangsfristen und hohe Auflagen führen zu weiteren Betriebsaufgaben bei Sauenhaltern.

101 **Die CDU in Niedersachsen fordert, dass schnellstens ein verlässlicher Rechtsrahmen geschaffen**  
102 **wird, der Sauenhaltern wieder Planungs- und Investitionssicherheit gibt. Zudem müssen etwa**  
103 **längere Kastenstände bei Umbauten mit der Gangbreite verrechnet werden können. Für den Ab-**  
104 **ferkelbereich braucht es längere Übergangsfristen und maßvollere und praxistauglichere Vor-**  
105 **gaben an die Größe der Abferkelbuchten.**

## 106 **6) Immissionsschutz- und Baurecht**

107 Die Vorschläge des Bundesumweltministeriums zur Reinhaltung der Luft sehen wir mit Sorge, da sie  
108 die Investitionen in eine Modernisierung von Ställen ausbremsen und dem Umbau der Tierhaltung  
109 zugunsten höherer Tierwohlstandards entgegenstehen. So gehen die Vorschläge weit über EU-  
110 rechtliche Vorgaben hinaus und machen Genehmigungsverfahren komplizierter und langwieriger.  
111 Das führt zu Wettbewerbsnachteilen für niedersächsische Betriebe. Die Mehrkosten stehen dabei  
112 nicht im Verhältnis zum erzielten Umweltnutzen.

113 **Die CDU in Niedersachsen fordert eine Überarbeitung der TA Luft, die die berechtigten Anlie-**  
114 **gen des Immissionsschutzes, der Sicherstellung einer tiergerechten Haltung und der Erhaltung**  
115 **der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Betriebe in Einklang bringt. Offenställe und andere**  
116 **gesellschaftlich gewünschte Haltungsformen müssen weiterhin möglich bleiben. Insgesamt**  
117 **muss das Baurecht dahingehend überprüft und angepasst werden, dass Hindernisse für tierge-**  
118 **rechte Stallneu- und -umbauten reduziert werden.**

## 119 **7) Pflanzenschutz / Zuckerrüben**

120 Die wirtschaftliche Attraktivität der Zuckerrübe hat seit der Liberalisierung des Zuckermarktes er-  
121 heblich nachgelassen. Der zuletzt sehr niedrige Weltmarktpreis für Zucker sorgt für zusätzlichen

122 wirtschaftlichen Druck auf Zuckerrübenanbauer und -verarbeiter. Das EU-Verbot von Neonicotino-  
123 iden zur Beizung des Zuckerrübensaatguts trägt ebenfalls zu einer verringerten Wirtschaftlichkeit  
124 des Zuckerrübenbaus bei und gefährdet Arbeitsplätze bei Saatzeitunternehmen in Niedersach-  
125 sen.

126 Neun EU-Staaten, darunter unsere Nachbarn Polen, Österreich oder Belgien, haben für ihre Land-  
127 wirte befristete Notfallzulassungen für die Anwendung von Neonicotinoiden ermöglicht und sich  
128 dadurch Wettbewerbsvorteile für ihre Anbauer und Verarbeiter verschafft. Problematisch ist in die-  
129 sem Zusammenhang ferner, dass andere EU-Staaten ihren Zuckerrübenanbau durch Subventionen  
130 (gekoppelte Prämien) gezielt stützen, was in Deutschland aus agrar- und ordnungspolitischen Grün-  
131 den zurecht strikt abgelehnt wird.

132 **Die CDU in Niedersachsen fordert die Bundesregierung auf, sich innerhalb der EU mit Nach-**  
133 **druck für eine einheitliche Anwendung des Pflanzenschutzrechts einzusetzen. Ebenso fordern**  
134 **wir, dass Saatguthersteller entsprechende Beizmittel für den Export in Drittstaaten produzieren**  
135 **dürfen. Wir fordern die Bundesregierung darüber hinaus auf, auf europäischer Ebene speziell**  
136 **mit Blick auf den Zuckerrübenanbau weiterhin vehement für eine Entkopplung der Direktzah-**  
137 **lungen von der Produktion in allen Mitgliedstaaten einzutreten.**